WP-01-K3-688

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in:	BAG Demokratie & Recht
Beschlussdatum:	07.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 687 bis 689 einfügen:
Wir haben dafür gesorgt, dass es für Extremist*innen in Zukunft schwieriger wird, legal in den Besitz von Waffen zu kommen. Daran wollen wir anküpfen und die verfassungsfeindliche Betätigung zu einem absoluten Erlaubnisversagungsgrund heraufstufen. Wer als Verfassungsfeind*in bekannt ist, muss damit leben, keine legalen Waffen besitzen zu können.Die Anzahl an legalen und illegalen Schusswaffen hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Noch immer

Begründung

Der Änderungsantrag folgt einer Empfehlung aus der im Auftrag der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angefertigten gutachterlichen Stellungnahme von Klaus Ferdinand Gärditz betreffend die Verfassungskonformität von Gestaltungsoptionen der Regelanfrage beim Verfassungsschutz im Waffenrecht.